



Bundes- tags- brief

Nr. 115 • Die Woche im Bundestag • 27.04.2012



DEUTSCHER BUNDESTAG
**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Wirtschaft wächst, Beschäftigung und Einkommen steigen

Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute belegt erneut: Deutschland ist mit seiner Politik für Wachstum, Stabilität und Beschäftigung auf einem guten Weg. Auch in diesem Jahr sind wir wieder Wachstumsmotor in Europa.

Die maßgeblichen Impulse liefert der Anstieg der deutschen Binnennachfrage. Vor allem die Investitionen und die privaten Konsumausgaben stehen vor einer kräftigen Ausweitung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Tarifabschlüsse der letzten Wochen und Monate zeigen, dass der Aufschwung immer mehr bei den Menschen ankommt:

Die Institute erwarten, dass die Effektivlöhne im Prognosezeitraum bis 2013 um mehr als 3% zunehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen steige um knapp 800.000 auf 41,9 Millionen an, die Arbeitslosigkeit gehe auf 2,6 Millionen Personen zurück. Das Bruttoinlandsprodukt werde nach einer Wachstumspause im abgelaufenen Winterhalbjahr in 2012 real um 0,9% zunehmen, weiter an Fahrt aufnehmen und im kommenden Jahr auf 2,0% ansteigen. All das zeigt: Unsere Politik ist richtig. Wir werden sie in Deutschland und in Europa zum Wohle der Menschen fortsetzen.

Jugendkriminalität wirksamer bekämpfen

Immer wieder erschrecken uns Berichte über brutale Übergriffe Jugendlicher, jüngst häufig in öffentlichen Verkehrsmitteln und auf Bahnhöfen.

Für die christlich-liberale Koalition ist es mit öffentlicher Empörung über die Täter, die häufig bereits eine beachtliche kriminelle „Karriere“ vorzuweisen haben, nicht getan.

Wir wollen, dass sich jeder Bürger in Deutschland zu jeder Tages- und Nachtzeit sicher und frei bewegen kann.

Deshalb bringen wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf auf den Weg, der die Strafmöglichkeiten für die Jugendrichter erweitert. Mit dem „Warnschussarrest“, der parallel zu einer Bewährungsstrafe verhängt werden kann, erhalten kriminelle Jugendliche zukünftig frühzeitig einen spürbaren „Schuss vor den Bug“. Sie lernen, was Freiheitsentzug bedeutet und was auf sie zukommt, wenn sie sich nicht ändern. Die Gesellschaft muss deutlich machen, dass sie Gewalt nicht toleriert. Eine schlichte Bewährungsstrafe ist dafür oft nicht das ausreichende Signal.

Ein „Warnschussarrest“ kann und soll Augen öffnen und auf den richtigen Weg zurückführen. Zugleich wollen wir mit dem Gesetz das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Mord für Heranwachsende von zehn auf 15 Jahre anheben und damit dem Ausmaß der Schuld bei besonders schweren Mordverbrechen besser als bisher gerecht werden.

Lage der Christen in der Türkei verbessern

Bereits in der letzten Wahlperiode hatte der Bundestag mit dem Antrag der drei Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP „Schutz des Klosters Mor Gabriel sicherstellen“ auf die schwierige Lage hingewiesen, in der sich eines der ältesten christlichen Klöster der Welt befindet.

Nachdem mehrere Urteile türkischer Gerichte, die die jahrhundertealten Ansprüche des Klosters auf seine Liegenschaften bestätigt hatten, für ungültig erklärt worden waren, sieht es sich nun in einer wirtschaftlich unhaltbaren Situation.

In der Praxis ist trotz anderslautender Zusicherungen der türkischen Regierung keine Entwicklung absehbar, die eine Verbesserung der Situation des Klosters Mor Gabriel erwarten lässt. Da das Kloster eine entscheidende Rolle bei der Pflege der syrisch-orthodoxen Kirchen- und Alltagssprache spielt und das kulturelle Erbe der syrisch-orthodoxen Bevölkerung sichert, bleibt der Fortbestand der Kultur der syrisch-orthodoxen Christen insgesamt gefährdet.

Mit unserem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auch weiterhin dafür einzusetzen, dass die türkische Regierung die Existenzgrundlage und die Lebensperspektive des Klosters dauerhaft ermöglicht. Der Erhalt des mehr als 1.600 Jahre alten Klosters Mor Gabriel ist ein Prüfstein für das Bekenntnis der Türkei zur Religionsfreiheit, die zu gewährleisten sie sich vielfach verpflichtet hat.

Zuzug von Hochqualifizierten ermöglichen

Deutschland braucht engagierte und gut qualifizierte Beschäftigte, sie stellen Wachstum und Wohlstand in unserem Land sicher. Die Förderung und Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials steht für uns an erster Stelle. Wo das nicht gelingt, erleichtern wir den Arbeitsmarktzugang für hochqualifizierte Ausländer durch Einführung der sogenannten „Blue Card“.

Inhaber einer „Blue Card“ können bereits nach drei Jahren ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten. Wer gut Deutsch spricht, erhält es ein Jahr früher. Erfolgreiche Integration wird damit belohnt. Ausländische Hochschulabsolventen, die eine eigenständige Unterhaltssicherung nachweisen, können sich zukünftig sechs Monate in Deutschland auf Stellensuche begeben.

Darüber hinaus erleichtern wir den Berufseinstieg für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen. Auch für Unternehmensgründer werden die Hürden gesenkt. Neben dem Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist die „Blue Card“ ein weiterer Baustein zur Sicherung des Fachkräftepotenzials in unserem Lande.

Nun sind die Unternehmen am Zuge, mit attraktiven Bedingungen und professionellem Werben Hochqualifizierte und ihre Familien für das Arbeiten und Leben in Deutschland zu gewinnen.

Junge Arbeitslose profitieren deutlich von betrieblichen Trainingsmaßnahmen

Betriebliche Praktika steigern die Jobchancen für junge Empfänger von Arbeitslosengeld II deutlich. Sie bieten im Vergleich zu Ein-Euro-Jobs wie auch zu schulischen Trainingsmaßnahmen den größten Vermittlungserfolg in reguläre Arbeitsverhältnisse, wie das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in einer Studie mitteilt.

So haben nach einer betrieblichen Trainingsmaßnahme 41,2% der alleinstehenden Männer zwischen 18 und 30 Jahren eine versicherungspflichtige Beschäftigung gefunden. Nach schulischen Trainingsmaßnahmen liegt der Anteil bei etwa 33,9%, bei den Ein-Euro-Jobbern bei 29,9%.

Von den alleinstehenden Frauen zwischen 18 und 30 Jahren fanden etwa 39,6% nach einer betrieblichen Fördermaßnahme eine versicherungspflichtige Beschäftigung. Nach schulischen Trainingsmaßnahmen liegt der Anteil bei 32,5%. Der Anteil der Frauen, die in einem Ein-Euro-Job gearbeitet hatten und daraufhin ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fanden, liegt bei 27,9%.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)

Politik für Wachstum und Beschäftigung wirkt

Im Jahr 2011 verzeichnete die Sozialversicherung nach Feststellung des Statistischen Bundesamtes einen kassenmäßigen Finanzierungsüberschuss von 13,8 Mrd. €. Die Einnahmen der Sozialversicherung beliefen sich 2011 auf 526,1 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Einnahmen um 2,1% angestiegen, was wesentlich auf die positive konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen ist. Auch die gesetzliche Krankenversicherung wies einen deutlichen Finanzierungsüberschuss aus (+9,3 Mrd. €). Während die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung um 5,5% auf 190 Mrd. € stiegen, sanken bei der Bundesagentur für Arbeit die Einnahmen im Jahr 2011 zwar um 11,4% auf 37,6 Mrd. €, gleichzeitig aber gingen mit der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt die Ausgaben um 17,1% auf 37,7 Mrd. € zurück.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)